

Dennoch stellen Snowdens Enthüllungen eine Zäsur dar: Durch sie ist nun belegbar, dass Big Data nicht einfach eine interessante Verheißung ist, sondern in seinem Kern ein Problem – für den Einzelnen, aber auch für ganze Gesellschaften, Ökonomien, Staaten. Deshalb bleibt die scheinbar paradoxe Notwendigkeit, den Staat dafür zu gewinnen, den „tiefen Staat“ der Geheimdienste wie auch die kommerziellen Datenschürfer in ihre Schranken zu weisen, um dadurch für jene Rechtssicherheit zu sorgen, die dem Prinzip der Freiheit und des Schutzes der Privatsphäre gerecht wird. Es ist frivol, wenn der Staat den Schutz persönlicher Daten zu einer Privatsache erklärt – unter Preisgabe seiner vornehmsten Aufgabe; und es ist fahrlässig, wenn Internetaktivisten noch immer staatliche Eingriffe ins Netz per se für Teufelszeug halten, während Hacker, Firmen und Geheimdienste weiter nach eigenem Gutdünken unbehelligt agieren.

Die neue Bürgerrechtsbewegung wird sich Gedanken machen müssen, wie viel und was sie von jedem Einzelnen, aber auch vom Staat fordern muss bzw. erwarten kann. Das ist keine leichte Aufgabe. Zunächst muss sie unbeschadet an einigen bislang ungelösten Problemen vorbeikommen, sprich: aufgeheizte Diskussionen wie die um das Copyright im Netz ignorieren. Ansonsten wird sie sich weiter auf Nebenkriegsschauplätzen verkämpfen und dabei jene Schlagkraft einbüßen, die notwendig ist, um die Politik zu den notwendigen grundlegenden Schritten zu zwingen. Dafür muss die Bewegung den Datenschutz und die informationelle Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellen. Ziviler Ungehorsam in Form neu gelernter Datenenthaltsamkeit und spannender Verschlüsselungspraktiken könnte ein Element dafür sein. Allerdings kann es keine hinreichende Lösung sein, die Gesellschaften in eine große Krypto-Party zu verwandeln. Auch sollte man sich nicht mit einem digitalen Protektionismus à la „E-Mail nach deutschem Reinheitsgebot“ beschäftigen. Das Netz ist global, und irgendwo findet jeder Geheimdienst einen Ansatzpunkt zum Abzapfen. Daher geht kein Weg an multi- und bilateralen Vereinbarungen vorbei. Die Safe-Harbor-Vereinbarung und die EU-Datenschutzgrundverordnung sind erste gute Grundlagen, die allerdings aktualisiert und erweitert werden müssten. Speziell in den USA, aber nicht nur da, muss die Arkanisierung der Politik zurückgedreht werden. Dafür braucht es einen langen Atem und starke Bündnispartner in der Politik. Sammelklagen, die den Verbraucherschutz als verlängerten Arm des Datenschutzes nutzen, wie jetzt gegen Google, sind dafür eine Möglichkeit. Der Datenschutz gehört ab sofort aber auch auf die Agenda der regelmäßigen G8-Treffen. Parallel dazu könnte eine weltweite Datenrechtsbewegung einen Gegengipfel abhalten. Ein internationaler Datenrechtspreis (ähnlich der Australian Privacy Medal oder dem Preis des Datenschutzbeauftragten von Rheinland-Pfalz) harrt noch seiner Stiftung. Schließlich wäre ein verschärftes Kartellrecht ein wichtiger Angriffspunkt, um die Monopolisierung in der Netzwirtschaft zu bremsen. Fest steht: Tocquevilles dritter „glücklicher Umstand“, eine wache Zivilgesellschaft, lebt. Aber sie muss sich aufraffen und umstellen. Hoffen wir auf die Post-Snowden-Generation: dass sie der Privatheit um der Freiheit willen wieder Geltung verschafft.

Boom – Blase – Crash

Fünf Jahre nach Lehman und vor Transatlantien

Von Michael R. Krätke

»Never waste a good crisis.«
Alte englische Volksweisheit

Fünf Jahre ist es jetzt her, dass die Banken krachten: Am 15. September 2008 brach an der Wall Street die Investmentbank Lehman Brothers zusammen. Ihr Bankrott sandte Schockwellen durch das internationale Finanzsystem. Binnen Tagen und Wochen standen weltweit Dutzende weiterer internationaler Großbanken vor dem Aus. Alles schrie nach dem Staat und die Staaten spielten Feuerwehr. Dabei hatte das große Bankentreten schon im Jahr zuvor begonnen. Doch nun ging es erst richtig los, im ganz großen Stil. Was zunächst wie eine Serie von lokalen Insolvenzen britischer und amerikanischer Banken und Finanzinvestoren ausgesehen hatte, verwandelte sich nach dem Lehman-Crash binnen Wochen in eine Weltfinanzkrise, eine globale Börsen-, Banken- und Kreditkrise, die die gesamte Weltwirtschaft in den Abgrund zu reißen drohte.

Im November 2008, bei der Eröffnung eines neuen Gebäudes der London School of Economics, seufzte Ihre Majestät, die Königin: „Why did nobody see it coming?“ Gute Frage. Warum hat keiner der hochgelehrten Ökonomen, keiner der Hohepriester der neoliberalen Weltordnung, etwas geahnt von dem großen Krach? Warum hat niemand das Platzen der Spekulationsblasen und die Implosion der Weltfinanz kommen sehen und rechtzeitig davor gewarnt?

Dass der Boom der vorangegangenen Jahre auf wachsenden Schuldenbergen und fiktiven „Werten“ gebaut und von Spekulationsblasen getrieben war, das zumindest wussten die meisten der Leute, deren Beruf es ist, die internationalen Finanzmärkte zu beobachten und zu analysieren. Denn Warnungen hatte es genug gegeben: Seit Mitte der 80er Jahre haben wir im Durchschnitt alle drei Jahre eine Finanzkrise erlebt, in bunter Folge. Von der Krise der Savings and Loans Banken in den USA, über die Pfund-Sterling und Peso-Krise, die Asien-, Russland- und Brasilienkrise bis schließlich zur Dotcom-Krise im März 2000, mit der die „neue Ökonomie“ ihr unruhmlisches Ende fand. Doch all diese Krisen dauerten nicht lange, sie waren nach ein paar Monaten überstanden, sie erfassten nur Teile der Finanz- und Teile der sogenannten Realökonomie, alle blieben regional begrenzt oder wurden

durch entschlossene Eingriffe in engen Grenzen gehalten. Daher konnte das global agierende Finanzkapital aus den jeweils abstürzenden Wertpapieren oder Währungen aussteigen bzw. aus den Krisenländern fliehen. Unken, die bei jeder dieser Finanzkrisen die nächste Weltkrise heranzuschauen sahen, wurden Lügen gestraft. Das mag die Nonchalance erklären, mit der auch die Krise der Banken bis zum Sommer des Jahres 2008 behandelt wurde. Der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück war nicht der einzige, der sie als rein US-amerikanisches Phänomen klein- und schönredete.

Dabei waren die Haupt- und Staatsakteure des Dramas im Sommer 2008 sehr wohl davon unterrichtet, dass sie es mit einer Bankenkrise von globalem Ausmaß zu tun hatten. Die US-Regierung und die US-Notenbank *Fed*, die im Tandem agierten, beschlossen, die hoch verschuldete AIG, den größten Versicherungskonzern der Welt, zu retten und Lehman Brothers fallen zu lassen. Bei der Rettung der AIG ging es um Billionen Dollar, bei Lehman „nur“ um etwas über 600 Milliarden. Um die AIG zu retten, spendierte die Regierung fast 90 Mrd. Dollar, ein Großteil davon, 56,7 Mrd., ging an europäische Banken. Die Deutsche Bank, Barclays, die Société Générale waren die größten Nutznießer in Europa, in den USA bekamen Goldman Sachs (12,9 Mrd.), Bank of America und Merrill Lynch den Löwenanteil.

Im Fall von Lehman Brothers sah dagegen der Rivale Goldman Sachs seine Chance gekommen und ergriff sie beim Schopf. Mit einer klassischen Intrige, gut für ein Brechtisches Schurkenstück, wurde Lehman in die Pleite geschickt.¹ Niemand ahnte wohl zu diesem Zeitpunkt, dass sich eine bloße Intrige, wenn auch auf „höchstem Niveau“, zu einer Weltfinanzkrise auswachsen könnte. Erst nach dieser Erfahrung wurde die neue Banken-Formel geprägt: *too big to fail* – zu groß zum Scheitern. Die politischen und ökonomischen Eliten hatten ihre erste Lektion gelernt: Mit dieser Krise war nicht zu spaßen, diesmal wurde es ernst und Banken waren in Zukunft zu retten.

Der Weg in die Krise

In der Geschichte des Kapitalismus wurden Weltwirtschaftskrisen oft genug durch Börsencrashes oder Bankenzusammenbrüche eröffnet. Der Krach, der die Krise auslöst, ist jedoch nicht ihr eigentlicher Grund. Jede Krise wird vorbereitet durch den Boom, die Prosperitätsphase, die ihr vorangeht. Oft genug wird durch die Art und Weise, wie die vorhergehende Krise überwunden bzw. verschoben wird, der Grundstein für die nächste große Krise gelegt. Das gilt für „normale“, konjunkturelle Krisen ebenso wie für Krisen vom Kaliber der gegenwärtigen „Jahrhundertkrise“. Wer die gegenwärtige Krise in ihrem ganzen Ausmaß und ihren Ursachen verstehen will, muss daher historisch zurückblicken – auf die Phase der langen Stagflation von 1974 bis 1982 sowie ihre „Überwindung“ und auf die immer wieder von regionalen Finanzkrisen unterbrochenen Boomperioden der 90er und 2000er Jahre.

Ermöglicht wurde die Überwindung der langen Stagflation der 70er Jahre durch eine ganz besondere Mixtur politischer Entscheidungen und strategischer Wendungen der großen Marktakteure. Im Ausgang aus dieser Krisenperiode entstand eine neue Konstellation, samt der dazu passenden, neoliberalen Ideologie. Zum ersten Mal in der Geschichte des modernen Kapitalismus trafen sich die Hauptakteure aller Klassen nicht nur auf Arbeits- und Warenmärkten, sondern gaben sich auf den Finanzmärkten regelmäßige Stellchairs; zum ersten Mal wurden die besitzlosen Marktakteure, die man traditionell als Arbeiterklasse bezeichnet hatte, vollständig in dasreditsystem integriert und erhielten Zugang zu den Finanzmärkten. Eine permanent und immer höher verschuldete Arbeiter- und Mittelklasse entstand, Sparer wurden zu Geldanlegern. Banken und institutionelle Anleger, Pensionsfonds und Versicherungskonzerne verwandelten die Ersparnisse und die Schulden der nichts oder wenig besitzenden Klassen in Spielmaterial für die globale Spekulation. Ein Reich der Schattenbanken entstand, in dem multinationale Konzerne und deren Ableger eifrig mitmischten. Finanzinnovationen, das Geschäft mit immer neuen Finanzderivaten zweiter und dritter Ordnung, taten ein Übriges, so dass das globale Kartenhaus aus fiktiven Werten im Jahr 2008 schließlich zusammenstürzte.

Booms und Blasen

Aufgebaut wurde des Kartenhaus im Zuge von vier Spekulationswellen, die jeweils besondere Blasen erzeugten. Diese Blasen wiederum brachten die Booms der 90er Jahre und den Boom von 2002 bis 2007 hervor, das Vorspiel zur gegenwärtigen Krise.²

Die erste Blase entstand ab 1987 auf dem US-amerikanischen Aktienmarkt, sie ergriff weitere Länder und Finanzplätze und wuchs munter bis 2007. Die zweite Blasenperiode entstand mit der weltweiten Immobilienspekulation, die speziell in den USA, Großbritannien, Spanien, Irland und den Niederlanden die Bau- und Finanzindustrie befeuerte. Die dritte Blase entstand auf dem relativ kleinen Segment der Warenbörsen. Die vierte Blase bildete sich auf dem Unternehmensmarkt: Seit Ende der 80er Jahre fanden große Fusionswellen und Übernahmeschlachten statt, vermittelt von Banken bzw. spezialisierten Fonds. Da viele der Hauptakteure der internationalen Finanzmärkte an allen vier Blasenbildungen zugleich direkt oder indirekt beteiligt waren, brauchte nur einer Blase die Luft auszugehen und alle vier sackten in sich zusammen. Die Luft, das war hier der Kredit, den die Akteure allesamt brauchten und den sie einander gaben. Zur Blasenbildung brauchte man in jedem Fall mehr und mehr Kredit und immer längere Kredithebel. Es galt das Grundgesetz jeder erfolgreichen Spekulation: Spekuliert wird mit dem Geld der anderen, nicht mit eigenem Geld. Spekuliert wurde also mit geliehenem Geld, das aber die Kreditgeber, also die Banken, auch nicht besaßen,

2 Vgl. Robert Brenner, *The Boom and the Bubble. The US in the World Economy*, London 2003.

1 Vgl. die Darstellung dieses Falls bei Winfried Wolf, *Sieben Krisen, ein Crash*, Wien 2009, S. 108 ff.

sondern je nach Marktlage kreierten. Diese Krediterschöpfung, zugleich die Geldschöpfung durch die Banken, mithin die ständige Erweiterung einer auf virtuellem Kredit beruhenden Nachfrage nach fiktiven Werten und Kapitalien gehört zur Logik der Blasenökonomie. Sie floriert, solange die Aussicht auf nominal steigende fiktive Werte, und damit auf steigende Differenzgewinne, die Akteure antreibt und neue Mitspieler anlockt. Schließlich werden jedoch, um das Spiel in Gang zu halten, auch solche Kunden angelockt, die nach allen konventionellen Maßstäben nicht kreditwürdig sind – denen man aber leichtfertig Häuser auf Kredit andrehte, stets in der Erwartung weiter steigender Immobilienpreise.³

Als im Frühjahr 2007 erst die Immobilienblaschen platzten (wegen massenhafter Insolvenzen der mittellosen Hausbesitzer) und die ersten Hypothekenbanken ins Schlingern gerieten, begannen die Blasen zu schrumpfen. Damit aber war auch die weltweite Schrumpfung der Finanzindustrie nicht mehr aufzuhalten. Die Regierungen konnten das Bankensterben zwar bremsen, aber die Konzentration der Banken in der Krise nicht verhindern. Aber sie schafften es mit vereinten Kräften, den ganz großen Krach aufzuhalten, und verhinderten so die Neuordnung der internationalen Finanzmärkte durch das „freie Spiel der Marktkräfte“, sprich: die Bereinigung der Blasenökonomie. An dieser folgenreichen konzertierten Aktion der Regierungen und Zentralbanken der größten und wichtigsten kapitalistischen Länder der Weltlaborieren wir noch heute, fünf Jahre nach dem Lehman-Crash.

Die Krise des Krisenmanagements als ultimative Krise

Als im Herbst 2008 der Welthandel rasant in sich zusammenzufallen begann, zum ersten Mal seit 1945, als die Exporte wie die Importe einbrachen und die Industrieproduktion weltweit abstürzte – in Deutschland allein sank sie um fast fünf Prozent –, zeigten sich die Dimensionen dieser Krise erstmals mit aller Deutlichkeit: Aus einer lokalen Hypothekenkrise war erst eine globale Bankenkrise und schließlich eine globale Depression geworden. Der Grund bestand darin, dass faule Kredite aller Arten in den weltweiten Handel mit Schulden bzw. Krediten eingegangen waren – verbrieft, verpackt und falsch ausgezeichnet. Für jede einzelne Bank und jeden einzelnen Finanzmarktakteur ist es natürlich eine geniale Lösung des Grundproblems eines jeden Kredits – ob nämlich das verliehene Geld tatsächlich zurückkommt –, wenn der Kredit selbst zur Ware wird, das heißt jederzeit und fast an jedem Ort weiterverkauft werden kann. Für die Finanzmärkte insgesamt hingegen ist es ein Katastrophenrezept.

Da alle an diesem globalen Spiel beteiligt waren, konnte sich die Finanzkrise fast im Handumdrehen zu einer Weltwirtschaftskrise auswachsen, die alle Weltmarktindustrien und alle Welthandelsnationen zugleich traf. Da sich die Staaten aufs Bankerretten verlegten und in die Weltwirtschafts-

krise mit Konjunkturprogrammen eingriffen, schossen die Staatsschulden in die Höhe. Auf diese Weise wandelte sich das Bild der Krise: Aus der Finanzkrise wurde eine Fiskalkrise, eine Krise der überschuldeten, am Haken der Finanzmärkte zappelnden Steuerstaaten. Fortan beherrschte der Umgang mit dieser unerwarteten Tertiärkrise, der Staatsschuldenkrise, die Szene. Nicht in der Realität, aber in der öffentlichen Wahrnehmung verschwanden mehr und mehr die eigentlichen Ursachen.

Die Regierungen, die nur noch gegen den drohenden Staatsbankrott ankämpften, waren als Krisenmanager immer weniger handlungsfähig. Die Zentralbanken, die die Zinsen senkten und die Geldmärkte mit billigen Krediten fluteten, hatten ihr Pulver bald verschossen; je länger, je mehr, desto wirkungsloser wurde die Geldpolitik. Damit war das ultimative Stadium, die höchste Form der Krise erreicht: die Krise des Krisenmanagements. Von nun an war die politische Klasse, die herkömmliche Politik selbst in der Krise – und die Regierungen purzelten. Der Glaube an die Politik, die Glaubwürdigkeit demokratischer Akteure und Verfahren, war schwer erschüttert. Heute befinden wir uns in einer Legitimationskrise, die die herrschende politisch-ökonomische Ordnung grundsätzlich in Frage stellt.

Der Kampf um die Deutungshoheit über die Krise

Einer solchen Krise kann nur beikommen, wer ihrer Komplexität auf der Spur bleibt. Spätestens mit den Ereignissen des Sommers 2008 begann der bis heute währende Kampf um die Deutungshoheit über die Krise: Von welcher Krise reden wir, wessen Krise ist das, wer befindet sich eigentlich in der Krise, wer ist daran schuld, wer kann etwas dagegen tun und was hilft?

Krisendeutungen sollen den Horizont, die Reichweite und vor allem mögliche Ausgänge aus der Krise bestimmen. Wer das Ende der Krise absehen und ausrufen kann, so wie es fast alle Regierungen seit dem Tiefpunkt der Krise im Jahre 2009 immer wieder getan haben, der zeigt, dass er das Geschehen beherrscht.

In der Realität wird das Ende der Krise dagegen noch eine gute Weile auf sich warten lassen. Faktisch befinden wir uns, wie der immense Wirtschaftseinbruch von den Vereinigten Staaten bis China belegt, in einer dramatischen Depression. Allenfalls in Teilen der Welt kann man sich dieser noch oder schon wieder entziehen. Selbst die gegenwärtige Bundesregierung kann ihren Bürgern nicht glaubhaft weismachen, die Weltdepression werde die Exportnation Deutschland nicht früher oder später treffen. Das sieht die Mehrheit der EU-Bevölkerung nicht anders. Nur eine Minderheit glaubt, der Höhepunkt der Krise sei bereits überschritten.⁴

Ob wir uns gegenwärtig in der dritten oder bereits in der vierten Großen Krise in der Geschichte des modernen Kapitalismus befinden, ist eine Streit-

³ Vgl. die nach Ländern aufgeschlüsselten Ergebnisse einer Befragung der EU-Bürger über ihre Krisenan- und -aussichten im jüngsten Eurobarometer: Europäische Kommission, Eurobarometer Frühjahr 2013, Brüssel 2013.

⁴ Vgl. die nach Ländern aufgeschlüsselten Ergebnisse einer Befragung der EU-Bürger über ihre Krisenan- und -aussichten im jüngsten Eurobarometer: Europäische Kommission, Eurobarometer Frühjahr 2013, Brüssel 2013.

frage für Wirtschaftshistoriker. Klar ist, dass es sich um eine große Krise handelt – eine Krise also, die die normalen Krisen des Konjunkturzyklus in jeder Hinsicht übersteigt. Große Krisen, wie die „Große Depression“ oder die „Lange Stagnation“, unterscheiden sich durch ihre ungewöhnlich lange Dauer, durch das Ausmaß der Verluste (Rückgang der Industrieproduktion um 30 bis 50 Prozent und mehr und/oder Verfall der Aktienkurse um 40 bis 80 Prozent und mehr), durch die Höhe und Dauer der Massenarbeitslosigkeit (Lohnabbau um 20 bis 30 Prozent und mehr, Arbeitslosenquoten von 20 bis 30 Prozent und mehr). Krisen haben in der Tradition der politischen Ökonomie eine Doppelfunktion: Sie vernichten und sie richten wieder auf bzw. ebnen den Weg für neue Kombinationen, mit denen die verlorene Balance wieder gewonnen wird. In der Sprache des klassischen Marxismus: Krisen funktionieren als „Zwangsmittel der gesellschaftlichen Umwälzung“, als Beschleuniger des dem Kapitalismus inhärenten Drangs zur „Revolutionierung“ aller ökonomischen Verhältnisse.⁵ Große Krisen zogen bisher stets große Transformationen nach sich, die mehr oder minder alle Institutionen des Kapitalismus, seiner Ökonomie wie seiner Politik erfassen. Auf jede Große Krise folgte bisher eine Periode der „langen Prosperität“, auch wenn sie von kleineren Krisen unterbrochen wurde. Also liegt es nahe, sich im Analogieschluss auf die Kausalkette „Große Krise“ – „Große Transformation“ – „Lange Prosperität“ einzulassen. Viele tun das, bewusst oder unbewusst, wenn sie die gegenwärtige Krise zu deuten versuchen – als Krise der Globalisierung oder des Finanzmarktkapitalismus oder des angelsächsischen Kapitalismus oder des Wall-Street-Modells oder des neoliberalen Kapitalismus oder des demokratischen Kapitalismus. In Frage steht so stets eine ganze Weltordnung, die nun, so die Hoffnung, durch eine neue, bessere ersetzt werden sollte, ja ersetzt werden könnte.

Krisenpolitik: Von der Bankenrettung zur Austeritätspolitik

Aus der Geschichte der Großen Krisen wissen wir jedoch, dass keine dieser großen Transformationen ohne weiteres kam. Die lange Nachkriegsprosperität der „dreißig goldenen Jahre“ des Kapitalismus ist undenkbar ohne den *New Deal*, ohne Bretton Woods, ohne den *Welfare State*. Kurzum: Was aus der Krise wird, welchen Ausgang wir nehmen, darüber entscheidet nur die Krisenpolitik.

Wie im Krieg, so in der Krise: In jeder Großen Krise werden die Schlachten der Vergangenheit geschlagen. Diesmal kämpfen einige Akteure gegen das Gespenst der „Großen Depression“ der 1930er Jahre. Ben Bernanke, der Chef der Federal Reserve, ist ein anerkannter Spezialist für die Geschichte der damaligen Geldpolitik. Jede seiner Handlungen in der jetzigen Krise war bestimmt von einem Gedanken – die Fehler von 1931 und 1932, die zum Zusammenbruch der Weltwirtschaft führten, nicht zu wiederholen.

5 So Friedrich Engels im „Anti-Dühring“, MEW 20, Berlin 1962, S. 268.

So ist zu erklären, warum auf Drängen der US-Regierung, auf der Bühne der G8 bzw. G20, die Rettung der Banken in einer konzertierten Großaktion von Regierungen und Zentralbanken betrieben wurde. Beherrscht von der Angst vor der internationalen Geldkrise, die alle Zahlungsketten reißt, alle Konten blockieren und alle Geldautomaten außer Gefecht setzen würde, erfanden sie die „Systemrelevanz“ der Banken. Als der Interbankenmarkt, das Kernstück der Geldmärkte, zum Erliegen kam, sprangen die Zentralbanken ein. Als die Banken taumelten, wurden sie reihenweise mit Billionenaufwand gerettet, das heißt in vielen Fällen (teil)verstaatlicht – eine höchst unorthodoxe Aktion, die bekennenden Neoliberalen nicht schmecken konnte.

Sie hatte auch den ungewollten Nebeneffekt, die Reinigungsfunktion der Krise, also die massenhafte Entwertung und Vernichtung von unproduktivem Kapital aller Arten, künstlich aufzuhalten. Doch je massiver die Rettungsaktionen für die Finanzkonzerne ausfallen, je länger die Bereinigung der faulen Kredite, der Residuen von vier epischen Spekulationsblasen, aufgehalten wird, desto länger lässt der Aufschwung nach der Depression auf sich warten.

Auf die Politik der Bankenrettung folgte die Austeritätspolitik. Dabei verbietet sich diese eigentlich schon aus historischer Erfahrung, speziell der von 1929ff.: In keinem Land ist es je gelungen, in einer Krise durch Sparen die Staatsverschuldung zu reduzieren. Das gelingt, wenn überhaupt, nur in Prosperitäts- und Boomzeiten. In Krisenzeiten wirkt die Rezeptur höchst konträrktiv. Geradezu schulbuchmäßig wird derzeit gegen derlei Elementarweisheiten am lebenden Körper der südeuropäischen Länder operiert.⁶

Betrieben wird das Ganze, selten eingestanden oder ausgesprochen, letztlich aus Angst – vor der Macht der Banken und Finanzinvestoren. Ihr dient auch die angebliche Rettung der verschuldeten Staaten (durch Sparen und Staatsabbau): Indem man den Wert der Staatsanleihen hochhält, wird die unvermeidliche Entwertung fiktiver Vermögenswerte (Bankkredite) aufgehalten – im Glauben, so die Interessen aller Gläubiger und Vermögensbesitzer am besten zu wahren. Also schwelt die Finanzkrise weiter, während sich die (Über)Produktionskrise durch Unterkonsumtion verschärft.⁷

Transatlantien: Mit (Neo)merkantilismus aus der Großen Krise?

Wie man ökonomische Krisen im Kapitalismus tatsächlich überwinden kann, ist dagegen seit langem bekannt: durch Kapitalvernichtung oder die Eröffnung und Erschließung neuer Märkte. Sprich: Wer die Entwertung von Vermögen künstlich aufhält, muss nach neuen Märkten Ausschau halten.

Die neueste Haupt- und Staatsaktion, seit Juli dieses Jahres von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union offiziell in Gang gesetzt, dient

6 Besonders unsinnig ist die Variante der Austeritätspolitik, die die Bundesregierung über alles liebt: die Kombination mit Arbeitsmarktreformen, die auf eine „Flexibilisierung“ der Beschäftigungsverhältnisse zielen. Der tödlichere Effekt einer solchen ist die merkliche Verlangsamung des Wachstums der Arbeitsproduktivität, also genau das Gegenteil dessen, was eine erfolgreiche Krisenpolitik benötigt.

7 Vgl. Mark Blyth, *Austerity. The History of a Dangerous Idea*, Oxford 2013.

genau diesem Ziel. Wenn man schon keine ganz neuen Märkte mehr aus dem Hut zaubern kann – so globalisiert sind wir mittlerweile –, so kann man doch vorhandene Märkte besser erschließen und integrieren. Die Europäische Union ist dafür das beste Beispiel. Gleiches soll nun in ganz großem Stil geschehen, in einer neuen, transatlantischen Freihandelszone (TTIP für Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership und TATA für Trans-Atlantic Trade Agreement). Freihandel im großen Stil, das passt zum neoliberalen Weltbild. Die Bundesregierung hat dieses Vorhaben seit vielen Jahren propagiert; insofern konnte Kanzlerin Angela Merkel im Juli ihren bislang größten außenpolitischen Erfolg verbuchen – wenn auch fast unbemerkt.

Möglich wurde dieser – als vermeintlicher Rettungsanker – dank des trostlosen Zustands der Eurozone. Nach der kurzen Erholung in den Jahren 2010 und 2011 befindet sich diese seit Herbst 2011 wieder in der Rezession. Der zweiten langen Rezession im Verlauf dieser Krise – infolge der von der EU-Kommission unter ständigem Druck Deutschlands verordneten Austeritätspolitik. Dennoch wird bereits von einer Überwindung der Eurokrise schwärmend. Doch selbst wenn die Wirtschaft der Eurozone in diesem und im nächsten Jahr noch etwas „wachsen“ sollte, um 0,3 Prozent nämlich, liegt sie immer noch weit unter dem Wachstumspfad der Jahre 2000 bis 2008 und auch deutlich unter dem Trend der Jahre 2009 bis 2011, also der Zeit der Erholung vom Lehman-Crash. Und um die USA ist es ähnlich bestellt.

Deshalb richten sich nun alle Hoffnungen auf die größte Freihandelszone der Welt: Die NAFTA-Staaten Kanada und Mexiko sind ebenso mit von der Partie wie die EFTA-Staaten und die Beitrittskandidaten der EU. Ihre Gründung dürfte den transatlantischen Handel tatsächlich explodieren lassen: Zollersparnisse von wenigstens 860 Mrd. Euro pro Jahr sind nicht zu verachten. Und die Kosten, die man durch Vereinheitlichung der Industriennormen, der Umwelt- und Sozialstandards einsparen kann, sind gewaltig, wenn man die Dimensionen des größten Massenmarkts der Welt bedenkt, mit fast einer Milliarde potentieller Käufer auf beiden Seiten des Atlantiks.

Bei alledem geht es auch und nicht zuletzt um geopolitische Ökonomie. Um den Versuch nämlich, die durch die Große Krise beschleunigte Verschiebung der Gewichte in der Weltökonomie aufzuhalten und sogar umzukehren – zugunsten der Weltmarktteure des globalen Nordens. Tatsächlich kann Transatlantien der neuen Wirtschaftsmacht der BRICS-Staaten leicht die Stirn bieten und darauf hoffen, die neue Formation auseinanderzutreiben oder doch auf ihren „angestammten“ subalternen Platz zu verweisen.

Damit zeichnen sich bereits heute die Konturen jener neuen Weltordnung ab, die unser Leben nach dieser Großen Krise ab Jahrzehnte bestimmen dürfte. Mit der alten Trias USA, Europa, Japan (bzw. Ostasien), die die jüngste Geschichte der Globalisierung dominierte, ist es vorbei. Ebenso mit der hybriden Symbiose von Überschuss- und Defizitländern, mit Chimerika und Eurussia, die nichts verband außer die globalen Devisenströme. Jetzt ist EUSA an der Reihe, vielleicht ja bis zur nächsten Großen Krise.

Der BRICS-Komplex

Der Aufstieg des Südens – und seine Grenzen

Von Vijay Prashad

In den frühen 2000er Jahren wurden die Forschungsanalysten der größten Investmentbank der Welt, Goldman Sachs, auf einen neuen Block starker südlicher Staaten aufmerksam. Einer der ihren, Jim O'Neill, prägte daraufhin 2001 den Begriff BRIC – für Brasilien, Russland, Indien und China.

O'Neill hatte keinen Sinn für Politik, bei ihm drehte sich alles um die Ökonomie. Für den Mann von Goldman Sachs war allein die Größe ausschlaggebend: Die BRIC-Staaten (später, mit Südafrika, BRICS) umfassten riesige Landflächen, auf denen große Bevölkerungen lebten, die nun begannen hatten, enorme Mengen an Gütern und Dienstleistungen hervorzubringen. Brasilien und Russland exportierten Rohmaterialien nach Indien und China, die im Gegenzug Fabrikwaren und Handelsdienstleistungen lieferten. Der Transit zwischen diesen Giganten hatte das Potential, ohne Europa, Japan und die Vereinigten Staaten auszukommen, die bisher als Mittler für den größten Teil des Welthandels fungiert hatten.

Die BRIC-Staaten würden nicht nur als größte Wirtschaftseinheiten des Planeten hervortreten, die Analysten hatten vielmehr den Eindruck, dass der BRIC-Block sogar das Potential besaß, den globalen Norden zu verdrängen. Das Goldman-Sachs-Team schrieb 2003, die BRIC würden zum wichtigsten „Motor eines neuen Nachfragewachstums und einer neuen Kaufkraft“ werden, wodurch „der Effekt der alternenden Bevölkerungen und des langsameren Wachstums in den fortgeschrittenen Industrieländern“ ausgeglichen würde. Goldman Sachs hoffte also, dass das Potential der BRIC-Staaten – positiv genutzt – den Norden vor der Krise der Deindustrialisierung und finanzieller Instabilität retten würde.

Endlich war eine Region der Welt aufgetaucht, die den finanziellen Überschuss des globalen Nordens aufnehmen und vielfältige Güter kaufen würde. 2004 prognostizierten die Goldmänner, dass die BRIC-Staaten ihr Jahreseinkommen verdoppeln und somit Konsumenten des Nordens werden würden. China würde vorangehen, danach Indien folgen, mit rund 500 Millionen Menschen aus der BRIC-Bevölkerung, die in der Lage wären, ein Pro-Kopf-Einkommen in Höhe der G7-Staaten zu erreichen. Die globale Ungleichheit bestünde dann zwar weiter, doch das war für Goldman Sachs nicht von Inte-

* Dieser Text basiert auf einer Studie von Vijay Prashad, die jüngst auf der Website des New Yorker Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht worden ist (www.rosalux-nyc.org).